

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 217/12 vom 27. April 2012

Heike Franzen zu TOP 20: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund fördern und fordern

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Zunächst einmal möchte ich mich beim Bildungsministerium und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Beantwortung der umfangreichen Großen Anfrage der Fraktion der Grünen bedanken.

Eines ist ganz deutlich geworden, die Beantwortung war keine leichte Aufgabe, weil es die Datenbasis sehr schwierig macht.

Obwohl wir nicht auf eine klare Datenlage zurückgreifen können, so bin ich davon überzeugt, dass uns die Antworten auf die Große Anfrage doch einen guten Überblick darüber bieten können, was das Land Schleswig-Holstein bisher unternommen hat, um junge Menschen mit Migrationshintergrund in unseren Kindertagesstätten und Schulen zu fördern.

Diese Kinder stellen uns vor eine besondere Herausforderung. Sie bringen andere kulturelle Wurzeln und immer auch eine andere Muttersprache mit. Für die Kindertagesstätten, die Schulen, die Ausbildungsbetriebe und die Hochschulen bedeutet das aber nicht nur eine zusätzliche Belastung, wie man zunächst vermuten könnte, sondern wir müssen das in unserer Gesellschaft auch als eine zusätzliche Bereicherung verstehen. Diese jungen Menschen müssen wir fördern, aber auch fordern.

Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, dass sich das Thema der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund nicht für politische

Wahlkampfreden eignet. Sie muss Bestandteil unserer Inklusionspolitik für alle Menschen in unserer Gesellschaft sein. Wir sind hier auf einem guten Weg, den individuellen Bedürfnissen der Kinder, aber auch unserem Anspruch an die Integrationswilligkeit gerecht zu werden. Wir brauchen diese jungen Menschen in unserer Gesellschaft, in unseren wirtschaftlichen Betrieben und in unserer ehrenamtlichen Arbeit.

Dafür gibt es die entsprechenden Aktivitäten von den Kindertagesstätten bis hin zu den Universitäten. Von klein auf setzt die Landesregierung auf den Spracherwerb, eine zentrale Kompetenz, um sich Wissen und Fertigkeiten in den Schulen zu erschließen.

Dabei spielen die präventive Sprachförderung, die sprachheilpädagogische Unterstützung durch die Förderzentren, die Sprachstandstest vor Schulbeginn und insbesondere die SPRINT-Maßnahmen eine große Rolle. Und die Entwicklung zeigt, dass immer mehr Kinder davon profitieren. Das führt erfreulicher Weise dazu, dass eine schulische Sprachförderung in vielen Fällen nicht mehr notwendig ist.

Im Schulbereich gibt die Unterstützung der START-Stiftung GmbH und weiteren regionalen Stiftung wie der Dräger-Stiftung, der Possehl-Stiftung, der Deutsche Bank-Stiftung und der Heinz-Wüstenberg-Stiftung die sich der Förderung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund annehmen. Als Mitglied dieses Landesparlamentes und der CDU-Fraktion, aber auch als Bürgerin dieses Landes möchte ich mich bei diesen Institutionen sehr herzlich für ihr Engagement bedanken.

Auch das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt leistet einen wesentlichen Beitrag, um Schülerinnen und Schülern den Einstieg in unsere Gesellschaft, aber auch in unsere Arbeitswelt zu ermöglichen. Und die Landesregierung hat deutlich erklärt, dass sie dieses Erfolgsprojekt, das bisher aus europäischen Mitteln finanziert wird, auch weiterführen will.

Wir haben aber auch noch einige Aufgaben zu bewältigen. Der Anteil derjenigen jungen Menschen, die mit Migrationshintergrund an unseren Schulen den Realschulabschluss und das Abitur ablegen ist zwar in den vergangenen Jahren erfreulicher Weise gestiegen, entspricht aber noch nicht unserer allgemeinen gesellschaftliche Entwicklung.

Da haben wir als Politik sicher noch eine Herausforderung zu bewältigen, um die richtigen fördernden und fordernden Rahmenbedingungen zu schaffen. Aber dazu gehört auch, dass sich junge Menschen, und zwar ganz egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, darüber im Klaren sind, dass es auch der eigenen Anstrengung bedarf, um einen guten Bildungsabschluss in diesem Land zu erreichen und sich damit die Zukunftschancen zu eröffnen, am Arbeitsmarkt selber entscheiden zu können, wie ihre Zukunft und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben aussehen werden.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür einstehen, dass jedes Kind in unserer Gesellschaft, ganz gleich welche Voraussetzungen es mitbringt, die Chance hat, ein voll akzeptiertes Mitglied unserer Gesellschaft und unserer Demokratie zu werden.

Ich würde mir wünschen, dass sich der zukünftige Bildungs- und Sozialausschuss des Landtages im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes noch mal mit dieser Anfrage auseinandersetzt. Für heute beantrage ich die Kenntnisnahme der Anfrage.